

ALLRIS Dokumente

Dieses Dokument wurde von einem anderen Benutzer gerade erstellt und noch nicht auf dem Server gespeichert.

Betreff:

Förderbudget für Integrationsmaßnahmen bekannter machen

Empfänger:

 Stadt Braunschweig
 Der Oberbürgermeister

Datum:

13.03.2025

Beratungsfolge:

Ausschuss für Vielfalt und Integration (Entscheidung)

26.03.2025

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Das Sozialreferat wird gebeten, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um das Förderbudget für Integrationsmaßnahmen bekannter zu machen. Angesprochen werden sollen alle Akteur*innen der Zivilgesellschaft, insbesondere Initiativen, Vereine und Organisationen mit Bezug zur Migrations- und Integrationsarbeit. Ziel ist es, diese darin zu stärken, durch ihre Projekte und Initiativen das Zusammenleben in unserer Stadt aktiv mitzugestalten und die gesellschaftliche Teilhabe aller Einwohner*innen zu fördern. Die Sozialverwaltung soll insbesondere ermitteln, welche Unterstützung die Akteur*innen für ihre Projekte und Initiativen benötigen, um mögliche Hürden bei der Antragstellung zu überwinden.

Sachverhalt:

Zur Sitzung des Ausschusses für Vielfalt und Integration (AVI) am 27.11.2025 hat unsere Ratsfraktion eine Anfrage zum Thema „Förderung der Integration“ gestellt (DS 24-24753). Durch diese Anfrage wollten wir nähere Details zum Förderbudget für Integrationsmaßnahmen im Haushaltsplan erhalten.

In der Antwort der Verwaltung auf unsere Anfrage hieß es u. a.:

„Im Jahr 2023 stand der Stadt Braunschweig ein Budget in Höhe von 54.400 Euro zur Förderung von Integrationsmaßnahmen zur Verfügung. Von diesem Budget sind 37.402,09 Euro für Projekte zur Förderung von Integrationsmaßnahmen abgerufen worden. Es ist erkennbar, dass die Anzahl an Förderanträgen seit der Corona-Pandemie rückläufig ist. Genaue Gründe wurden nicht erfasst bzw. nicht benannt. Für 2025 ist daher ein engerer Austausch mit Migrantenvereinen, -beratungen und -organisationen geplant, um Details in Erfahrung zu bringen und ggf. Maßnahmen daraus ableiten zu können.“

Um wieder mehr Projektideen und -anträge zu fördern, wird die Verwaltung zudem die Öffentlichkeitsarbeit hinsichtlich der Zuwendungsbeantragung im Bereich der Integrationsförderung 2025 weiter stärken.“

Das bereitgestellte Förderbudget für Integrationsmaßnahmen wurde im Jahr 2023 also nicht vollständig ausgeschöpft (zum Jahr 2024 liegen uns noch keine Angaben vor). Angesichts dessen halten wir es für sinnvoll, für den genannten Fördertopf „die Werbetrommel zu rühren“. Dies entspräche der erklärten Absicht, sich mit Migrantenvereinen, -beratungen und -organisationen auszutauschen sowie die Öffentlichkeitsarbeit zur Zuwendungsbeantragung zu verstärken.

Ziel der Maßnahmen sollte sein:

- Transparenz über das Förderbudget und das Antragsverfahren zu schaffen,
- Bedarfe und Herausforderungen der Akteur*innen zu identifizieren,
- Hilfestellung zur erfolgreichen Antragstellung zu geben.

Das bereitgestellte Budget ist eine wertvolle Ressource, um Vielfalt, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Teilhabe in Braunschweig aktiv zu fördern. Damit diese Mittel effektiv genutzt werden, braucht es eine gezielte Ansprache der potenziellen Antragsteller*innen und die Reduzierung von Hürden bei der Beantragung. Ziel dieses Antrags ist daher ein verstärkter Dialog und eine nachhaltige Stärkung von Integrationsprojekten in unserer Stadt.

Anlagen:

keine

Betreff:

Beitritt der Stadt Braunschweig zum weltweiten Rainbow Cities Network

Organisationseinheit:

Dezernat V
0500 Sozialreferat

Datum:

06.05.2025

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Ausschuss für Vielfalt und Integration (Vorberatung)	07.05.2025	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	20.05.2025	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	27.05.2025	Ö

Beschluss:

Dem Beitritt der Stadt Braunschweig zum Rainbow Cities Network wird hiermit zugestimmt.

Die notwendigen finanziellen Mittel für den jährlichen Mitgliedsbeitrag im Netzwerk in Höhe von 1.200 Euro sowie die Reisekosten für die jährlich stattfindenden Netzwerktreffen stehen im Budget des Dezernats V zur Verfügung.

Sachverhalt:

Die Stadt Braunschweig beabsichtigt dem weltweiten Rainbow Cities Network beizutreten, um das jahrelange Engagement der zivilgesellschaftlichen Verbände und Initiativen noch besser zu unterstützen und das Bemühen um vollständige gesellschaftliche Gleichstellung von LSBTIQ*-Personen politisch und administrativ stärker abzusichern.

Insgesamt wird somit die Zusammenarbeit mit anderen Städten im Bereich LSBTIQ* intensiviert und ein weiteres Zeichen für eine vielfältige Stadtgesellschaft gesetzt. Weitere niedersächsische Mitgliedsstädte sind Hannover und Oldenburg.

Der jährliche Mitgliedsbeitrag im Netzwerk beträgt 1.200 Euro. Hinzu kommen Reisekosten für die jährlich stattfindenden Netzwerktreffen. Die notwendigen finanziellen Mittel stehen im Budget des Dezernats V zur Verfügung.

Die Stadt Braunschweig wird im Netzwerk durch die Koordinationsstelle LSBTIQ* vertreten. Sie ist u. a. auch für die vorgesehene jährliche Berichterstattung zuständig. Alle organisatorischen Voraussetzungen der Mitgliedschaft werden durch das Sozialreferat 0500, „Integration, Vielfalt und Demokratie“ (Stelle 0500.10) erfüllt.

Mit der Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding durch den Oberbürgermeister erfolgt der offizielle Beitritt.

Dr. Rentzsch

...

Anlage:

Memorandum of Understanding

Memorandum of Understanding

The Rainbow Cities agree:

Local governments have responsibilities in a wide range of policy areas and provide services to all their citizens. They make sure that all citizens are treated equally and have equal access to services provided by the local administration. Furthermore, they are responsible for creating an environment that is defined by respect for diversity and inclusion. Within mainstreaming diversity, implementation of local LGBTQI+ policies is an important element.

The Rainbow Cities Network as a means to strengthen local LGBTQI+ policies.

Local governments are becoming more committed to establishing LGBTIQ Policies to promote safety, equality, self-determination, empowerment, and social inclusion within their cities and beyond.

The participating local governments within the Rainbow Cities Network share a commitment to ensuring that LGBTQI+ people are fully included without facing any form of discrimination or violence in the city. Therefore, Rainbow Cities commit themselves to play an active part in this. In order to do so, they join forces and form the Rainbow Cities Network.

The main objectives of the Network are:

- Promoting the inclusion of LGBTQI+ people and increase visibility of LGBTQI+ issues;
- Sharing experiences, expertise, materials, good practices, and challenges;
- Exploring possible common actions on special days, events, or occasions;
- Developing projects/collaboration between two or more cities.

Every Rainbow City commits itself to:

- Executing and enhancing an active LGBTQI+ policy or mainstreaming LGBTIQ issues within the general local policies;
- Designating one or two representative(s) of the municipal administration in charge of LGBTIQ issues to participate in the Network. This representative will participate at the annual meeting and actively contribute to the exchange within the Network;
- Contributing to the exchange within the Network by annually drawing up an overview of their actions concerning LGBTQI+ policies in the provided template. This one-pager will become publicly available via the Rainbow Cities Network website;
- Pay the annual fee.

Signed and agreed upon by

Title:

Representing:

Betreff:

Islamismus wirksam bekämpfen

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

13.03.2025

Beratungsfolge:

Ausschuss für Vielfalt und Integration (zur Beantwortung)

26.03.2025

Status

Ö

Sachverhalt:

Unsere freiheitliche Art zu leben, unser Wohlstand und unsere Demokratie als Ganzes stehen zunehmend unter Druck extremistischer Kräfte – Extremismus in jeglicher Form stellt eine erhebliche Herausforderung für unsere Gesellschaft dar und muss deshalb wirksam bekämpft werden.

Dieses tägliche Ringen obliegt dabei nicht nur den Sicherheits- und Ordnungsbehörden, sondern kann auch durch präventive Maßnahmen, Bildung und Integration geschehen. Extremismus kann so wirksam verhindert und unsere Demokratie gleichzeitig gestärkt werden.

Bereits im Frühjahr 2020 hatte sich die CDU-Ratsfraktion dieses Themas angenommen. In einer entsprechenden Pressemitteilung forderten wir die Stadtverwaltung auf, eine klare Strategie zur Islamismus-Prävention zu entwickeln, um sich der gesellschaftlichen Herausforderung des religiösen Extremismus besser stellen zu können. Als Vorbild wurde unsere Nachbarstadt Wolfsburg angeführt, welche bereits vor rund zehn Jahren eine Dialogstelle Radikalisierungsprävention und Demokratieförderung geschaffen und eine ganzheitliche Strategie unter Beteiligung aller Sicherheitsbehörden erarbeitet hatte (vgl. <https://www.wolfsburg.de/leben/familie/dialogstelle>; zuletzt eingesehen am 12. März 2025, 14.30 Uhr).

Eine ähnliche Vorgehensweise ist auch für unsere Stadt unabdingbar. Mit einer Präventionsstelle würde ein zentraler Ansprechpartner für die niedersächsischen Sicherheitsbehörden sowie die Braunschweigerinnen und Braunschweiger geschaffen werden, um mehr Sicherheit zu gewährleisten. Die Verwaltung hatte den seinerzeitigen Appell aus unserer Pressemitteilung umgesetzt und am 16. Juli 2020 zum ersten Arbeitstreffen zur Auseinandersetzung mit dem Thema Islamismus-Prävention unter Federführung des Büros für Migrationsfragen eingeladen. Der Kreis der Akteure wurde in den zwei folgenden Sitzungen am 6. Juli sowie am 31. August 2021 erweitert und eine Öffnung des Themas Islamismus-Prävention in „Extremismus-Prävention“ vorgenommen (vgl. DS.-Nr. 21-16712).

In einem weiteren Treffen, in der eben angeführten Mitteilung wurde dieses für den 9. September 2021 avisiert, sollte ein Abstimmungstreffen per Videokonferenz mit dem Landeskriminalamt und dem Büro für Migrationsfragen zur Planung des weiteren Vorgehens stattfinden. Weitere schriftliche Mitteilungen der Verwaltung zu diesem Thema liegen uns nicht vor. Wir bedauern sehr, dass dieses Thema, welches mehr denn je im Fokus der Öffentlichkeit steht, seit rund dreieinhalb Jahren keine Beachtung mehr in der Verwaltung der Stadt Braunschweig findet.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

1. Wie ist der aktuelle Sachstand zur Extremismus-Prävention?
2. Welche nächsten Schritte plant die Verwaltung, um die Sicherheit der Braunschweigerinnen und Braunschweiger zu erhöhen?
3. Welche Akteure sind dabei aus Sicht der Verwaltung dringend einzubinden?

Anlagen:

keine

<i>Betreff:</i> Islamismus wirksam bekämpfen
--

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat V 0500 Sozialreferat	<i>Datum:</i> 07.05.2025
--	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i> Ausschuss für Vielfalt und Integration (zur Kenntnis)	<i>Sitzungstermin</i> 07.05.2025	<i>Status</i> Ö
--	-------------------------------------	--------------------

Sachverhalt:

Zur Anfrage der CDU-Fraktion vom 13. März 2025 [DS 25-25445] nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Zu Frage 1:

Seit Einrichtung der Stelle für Demokratieförderung und gesellschaftlichen Zusammenhalt zum 01.01.2025 im Sozialreferat 0500 erfolgt eine Bestandsaufnahme und Analyse der aktuellen Akteur:innen, Daten und Strukturen der unterschiedlichen Extremismusformen in der Kommune. Sobald die Ergebnisse vorliegen, folgt daraus die konkrete Ableitung von Maßnahmen und Handlungsempfehlungen.

Ziel ist es insgesamt, die Demokratie von innen heraus zu stärken und demokratiegefährdenden Entwicklungen noch effektiver begegnen zu können. Dies beinhaltet auch die Bekämpfung jeglicher Formen des Rassismus (Muslimfeindlichkeit, Sexismus, Antisemitismus, Antiziganismus und anderer Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie LSBTIQ*-Feindlichkeit).

Die Verwaltung arbeitet zudem mit dem zentralen Kriminaldienst Braunschweig, Fachkommissariat 4 - Prävention Politisch Motivierter Kriminalität als auch mit der Präventionsstelle Politisch Motivierter Kriminalität, Landeskriminalamt Niedersachsen zusammen, um auch sicherheitsrelevante Fragestellungen und Aspekte zielgerichtet aufnehmen und bearbeiten zu können.

Bereits in der Stellungnahme der Verwaltung [DS 20-12783-01] wurde die Ansiedlung einer Koordinierungsstelle Islamismusprävention bei der Kommune nach dem damaligen Kenntnisstand als nicht sinnvoll eingestuft. Außerdem wurde die Öffnung des Themas „Islamismusprävention“ in „Extremismusprävention“ beschlossen.

Seit 2021 wurden zugleich zahlreiche Beratungsangebote, Strukturen und Plattformen sowohl auf Landes- und Bundesebene eingerichtet, so dass die Einrichtung einer kommunalen Präventionsstelle für Braunschweig aktuell nicht zielführend und zugleich aufgrund fehlender Ressourcen kaum umsetzbar scheint.

Die Stadt Braunschweig ist zu dem Thema Extremismusprävention in regelmäßigem und engem Austausch mit der Polizeiinspektion Braunschweig. Über diesen Austausch hat die Verwaltung Kenntnis darüber erlangt, dass ein Leitfaden für Kommunen durch das Landeskriminalamt geplant ist, der bis Ende des Jahres veröffentlicht werden soll. Im Rahmen dieses Prozesses ist angedacht, sich durch das Landeskriminalamt über kommunale Handlungsoptionen beraten zu lassen.

Zu Frage 2:

Für 2025 liegt ein Schwerpunkt im Themenbereich „Queere Sicherheit“, denn Queerfeindlichkeit lässt sich in allen Extremismusformen wiederfinden. Diese Feindlichkeit zeigt sich unter anderem durch Intoleranz, Vorurteile und Ablehnung von den Betroffenen, aber auch durch direkte Hasskriminalität und Gewalt.

Die Stadt Braunschweig führt daher gemeinsam mit der Polizeidirektion Braunschweig, der Antidiskriminierungsstelle Braunschweig sowie dem Verein für sexuelle Emanzipation e.V. die Veranstaltungsreihe „Queere Sicherheit – Räume schaffen, Hass bekämpfen“ durch. Ziel ist es, Betroffenen eine Stimme zu geben, Allies zu sensibilisieren und gemeinsam Strategien zu entwickeln, um Hass und Diskriminierung entgegenzutreten. Die Auftaktveranstaltung findet am Freitag, den 09. Mai 2025, von 16:00 bis 17:30 Uhr statt.

Zu Frage 3:

Die folgenden AkteurInnen sind nach Meinung der Verwaltung einzubeziehen und mitzudenken:

- Ausschuss für Vielfalt und Integration
- Antidiskriminierungsstelle Braunschweig
- Referat 0500, Stelle 0500.10, Integration, Vielfalt und Demokratie
- Fachbereich 32, Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit
- Fachbereich 40, Bildungsbüro, Koordinierungsstelle „Demokratiebildung an Schulen“
- Fachbereich 51, Planung | Präventive Jugendhilfeplanung (STC und CTC)
- Referat 0100 Steuerungsdienst
- Zentraler Kriminaldienst Braunschweig, Fachkommissariat 4 - Prävention Politisch Motivierte Kriminalität
- Landeskriminalamt Niedersachsen: Präventionsstelle Politisch Motivierte Kriminalität
- Braunschweiger Präventionsrat
- Jugendmigrationsdienst, Respekt Coaches, Caritas-Verband Braunschweig
- Volkshochschule Braunschweig GmbH, in der Trägerschaft des Bundesprogramms „Demokratie Leben“
- Verein für sexuelle Emanzipation e.V.

Beratend hinzugezogen werden können außerdem der Niedersächsische Verfassungsschutz, die Mobile Beratung Niedersachsen gegen Rechtsextremismus für Demokratie, das Landesdemokratiezentrum Niedersachsen und die „Kompetenzstelle Islamismusprävention Niedersachsen“ (KIP NI), die Betroffenenberatung Niedersachsen sowie die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus.

Dr. Rentzsch

Anlagen:

keine

Absender:

Paruszewski, Andreas

TOP 8.2

25-25641

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Anfrage zum "Welcome Center" für Fachkräfte

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

21.04.2025

Beratungsfolge:

Ausschuss für Vielfalt und Integration (zur Beantwortung)

07.05.2025

Status

Ö

Sachverhalt:

Am 20. März 2025 stand in einem Artikel der Braunschweiger Zeitung, dass das Land Niedersachsen u.a. bestehende sogenannte „Welcome Center“ inhaltlich ausbauen möchte. Braunschweig wird hier auch genannt. Durch die „Welcome Center“ soll nun gezielt die Anwerbung benötigter Fachkräfte auch aus Ländern wie Marokko, Kolumbien und Indien erleichtert werden.

Ich möchte die Verwaltung bitten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Inwieweit ist die Stadt Braunschweig beim Welcome Center inhaltlich und finanziell involviert?
2. Ist der Stadt bekannt, ob sich die Angebote des Welcome Centers auch gezielt an qualifizierte Personen richten, die sich im Asylverfahren befinden?
3. Wie sieht aktuell die Zusammenarbeit der IQ Anerkennungs- und Qualifizierungsberatungsstelle an der Volkshochschule Braunschweig mit dem Welcome Center aus?

Vielen Dank im Voraus! Unabhängig von den Fragen, würde ich gern anregen, das Welcome Center zeitnah zu einer Ausschuss-Sitzung einzuladen, um die bisherige Arbeit vorzustellen.

Gez. Andreas Paruszewski (Bürgermitglied)

Anlagen:

keine

Betreff:

Anfrage zum "Welcome Center" für Fachkräfte

Organisationseinheit:

Dezernat VI
0800 Stabsstelle Wirtschaftsdezernat

Datum:

07.05.2025

Beratungsfolge

Ausschuss für Vielfalt und Integration (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

07.05.2025

Status

Ö

Sachverhalt:

Die o. g. Anfrage des Bürgermitglieds Andreas Paruszewski vom 21.04.2025 beantwortet die Verwaltung unter Beteiligung der Braunschweig Zukunft GmbH sowie des Welcome Centers wie folgt:

Zu Frage 1:

Die Stadt Braunschweig war zum Zeitpunkt der Projektkonzeption des Welcome Centers im Jahr 2015 neben der IHK Braunschweig, der IHK Lüneburg-Wolfsburg, der Handwerkskammer, der BA Braunschweig-Goslar, der Öffentlichen Versicherung sowie der Stadt Wolfsburg Impulsgeber und Unterstützer des Welcome Centers der Region. So ist sie auch seit Projektbeginn 2016, unter der Trägerschaft der Allianz für die Region GmbH, stetiges Mitglied im Initiativkreis, der sich jährlich trifft, um über die Erfolge und Ergebnisse informiert sowie bei der inhaltlichen Ausgestaltung und Weiterführung des Welcome Centers einbezogen zu werden.

Seitdem die Projektförderung des Welcome Center Ende 2018 auslief, unterstützt die Stadt Braunschweig das Welcome Center finanziell mit jährlich 20.000 EUR. Nähere Informationen zum Fachkräftebündnis sind unter der Internetadresse www.allianz-fuer-die-region.de abrufbar.

Zu Frage 2:

Der Fokus des Welcome Center der Region liegt auf Erwerbsmigration. Hauptzielgruppe sind internationale Fachkräfte (also Personen mit einer abgeschlossenen, qualifizierten Berufs- oder Hochschulausbildung), Studierende und Ausbildungsinteressierte, die in der Region arbeiten und leben möchten und sich bereits in Deutschland befinden oder noch im Ausland sind. Die Beratung findet unabhängig vom Aufenthaltstitel statt.

Zu Frage 3:

Seit der Projektförderphase des Welcome Centers ist das IQ-Netzwerk ein wichtiger Netzwerkpartner des Welcome Centers. Bei Fragen zu Anerkennungsthemen verweist das Welcome Center entsprechend an das IQ-Netzwerk. Darüber hinaus bezieht das Welcome Center die IQ-Anerkennungsberatung auch in weitere Projektaktivitäten ein. So wurde die IQ-Netzwerk Anerkennungsbearbeitung im Rahmen der Workshopreihe „Integrationsmanagement in der Pflege“ des Projekts „Pflegenetzwerks neu gedacht“ für die Leitung des Moduls „Anerkennung in der Pflege“ angefragt, die diese auch zusagte.

Mit der Workshopreihe sollte die Einführung eines Integrationsmanagements durch die Qualifizierung eines Integrationsbeauftragten für die Pflege ermöglicht werden. Die Reihe bestand aus sechs praxisorientierten Modulen zu unterschiedlichen Themenbereichen. Jedes Modul umfasste einen Workshoptag.

Leppa

Anlage/n:

keine